
Heinz O. Vetter

Am Ende einer Amtszeit: Aussichten

I.

Es gibt keinen Zweifel: Die deutschen Gewerkschaften befinden sich in einer schwierigen Situation. Die Ursachen dafür sind nicht allein in den Vorgängen um die „Neue Heimat“ zu suchen - wengleich sie keinesfalls verharmlost werden dürfen. Die Ursachen wurzeln tiefer, sie sind breit verflochten mit dem gegenwärtigen Zustand von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Weitreichende Veränderungen im Gefüge der Weltwirtschaft, insbesondere durch Energiekrise und internationale Arbeitsteilung verursacht, schlagen - noch verstärkt durch die amerikanische Hochzinspolitik - auf die nationalen Volkswirtschaften nicht nur der industrialisierten Länder inzwischen massiv durch. Teilweise durch diese wirtschaftlichen Prozesse mitbedingte Verwerfungen im Geflecht der internationalen Beziehungen zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd bringen die labile Systematik der internationalen Bündnisse und Blöcke in Bewegung: Diese Prozesse erschüttern die Ordnung der Welt, wie sie sich nach der Eruption des Zweiten Weltkriegs verfestigt zu haben schien.

Die Bundesrepublik Deutschland, die an der Nahtstelle zwischen den beiden dominierenden Machtblöcken liegt, ist davon in besonderer Weise betroffen. Sie scheint erneut vor die Frage nach ihrer Rolle und ihrer Identität gestellt.

Wenn es noch eine deutsche Grundübereinstimmung gibt, dann die, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen, auf deutschem Boden kein Krieg mehr geführt werden darf. Das muß nicht auf Neutralismus und einen schutzlosen Pazifismus hinauslaufen, aber es schließt auch die Instrumentalisierung zum Waf-

fenarsenal aus. Ich glaube, daß eine Mißachtung dieser immer deutlicher erkennbaren Grundstimmung zu schweren innen- und außenpolitischen Zerreißproben führen müßte.

Ähnlich umwälzende Bedeutung hat eine Entwicklung, die zu recht als technologische Revolution bezeichnet wird. Mikroprozessoren, Roboter, neue Medien verändern nicht nur einzelne Arbeitsplätze, sondern die gesamte Volkswirtschaft und sogar die internationale Arbeitsteilung. Zum ersten Mal in der Geschichte der industriellen Produktionsweise werden Arbeitsplätze, die der Maschinisierung und Automatisierung zum Opfer fallen, nicht durch andere, etwa im Dienstleistungsbereich, ersetzt. Hier liegt eine der wesentlichen Erklärungen für die strukturelle Arbeitslosigkeit, deren Bedrohlichkeit auch für die politischen Systeme immer schärfer hervortritt. Die mit dem technologischen Wandel einhergehenden Veränderungen im Qualifikationsprofil und in der sozialen Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft und ihres Verhaltens stellt die Gewerkschaften vor eine neue Integrationsaufgabe. Sie wird nicht einfach zu bewältigen sein, doch gibt es praktisch, politisch und programmatisch dafür durchaus Ansatzpunkte: zum Beispiel die Humanisierung der Arbeit und die Mitbestimmung.

Gemeinsam ist diesen beiden prinzipiellen gewerkschaftlichen Forderungen das Ziel, den Menschen in den Mittelpunkt wirtschaftlicher Abläufe und Entscheidungsprozesse zu stellen. Dies ist für die Gewerkschaften eine Herausforderung, die sie aus ihrer Tradition verarbeiten können. Weniger gilt dies jedoch für die Herausforderungen, die aus den sichtbar gewordenen Grenzen des Wachstums und der Umweltbelastung auf uns zugekommen sind. Die Gewerkschaften haben bis heute wirtschaftliches Wachstum für die Voraussetzung sozialen Fortschritts gehalten. Ich bin davon überzeugt, daß dies nach wie vor gilt. Doch es stimmt auch, daß die ökologische Belastungsfähigkeit der Natur und des Menschen als ihr Teil, an Grenzen kommt, die nur auf die Gefahr hin überschritten werden können, diesen Planeten auf Dauer unbewohnbar zu machen.

Doch wir dürfen ökonomische, soziale und ökologische Fragen nicht alternativ behandeln und lösen. Es muß ein Gleichgewicht gefunden werden, in dem ein qualitatives wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und eine gesunde Umwelt gleichermaßen gut aufgehoben sind. Das klingt wie die Quadratur des Zirkels, und es ist mit Sicherheit neben der Erhaltung des Friedens *die* Aufgabe für das Ende dieses Jahrtausends.

Wenn sich die Jugend in diesen Bereichen besonders engagiert, so kann man ihr das nicht verdenken: Sie wird in der Welt leben, die wir ihr hinterlassen. Schlimm wäre es allerdings, wenn sie auf dem Weg in die Zukunft rückwärtsgewandten Konzepten verfielen und dabei zur Disposition stellte, was allen voran die Arbeiterbewe-

gung erkämpft hat. Wir älteren Gewerkschafter können nur immer wieder auf die Chance hinweisen, die das Instrument der Einheitsgewerkschaft bietet. Sie läßt Raum für unterschiedliche Meinungen, enthält den Zwang zum Kompromiß, der dann aber mit allen vereinten Kräften angestrebt werden kann. Politische Fraktionen, gruppenegoistische Zerfaserungen, selbstsüchtige Kirchtumspolitik, wie wir sie - von den Angriffen von außen einmal ganz abgesehen - auch erlebt haben, müßten uns angesichts des auf uns lastenden Drucks scheitern lassen. Einheit darf daher nicht zur Worthülse für feierliche Reden verkommen, sondern muß so verstanden und gelebt werden, daß sie neue Impulse aufnehmen und in gestaltende Energie umsetzen kann.

II.

Jemand wie ich ist politisch am meisten geprägt von Eindrücken am Ende der Weimarer Republik, von Krieg und Wiederaufbau, geprägt von einem autoritären Erziehungsstil und einem undurchlässigen Bildungssystem; jemand wie ich hat Mühe, das gebe ich zu, sich in das Lebensgefühl und die Gedankenwelt einer Generation zu versetzen, die ihre Prägung in den sechziger und siebziger Jahren erhalten hat. Ich will nicht schlechte gegen gute Zeiten halten, zumal die guten ja auch ihre Schattenseiten haben. Ich weiß, daß jede Generation ihre Erfahrungen selbst machen und aus ihnen heraus gesellschaftlich und politisch handeln können muß. Das muß auch in einer Zeit gelten, in der sich die Handlungsspielräume verengen und die Gesellschaft insgesamt dazu neigt, sich zu verfestigen. Wenn die etablierten Organisationen nicht dazu in der Lage sind, sich dem Generationenkonflikt und dem mit ihm verbundenen Wechsel der Werte zu stellen und in Diskussionen zu öffnen, dann sind sie zur Leblosigkeit verurteilt. Dies gilt auch für die Gewerkschaften.

Wir dürfen der Jugend keine betonierte Welt hinterlassen. Allerdings hielte ich es für problematisch, ja gefährlich, wenn das Fundament, das meine Generation gelegt hat, mutwillig eingerissen würde. Dazu gehört die Einheitsgewerkschaft. Die Einheitsgewerkschaft ist eine historisch-intellektuelle Leistung - als Konsequenz aus der Einsicht, daß Zersplitterung Schwäche bedeutet. Sie ist aber auch eine alltägliche praktische Leistung der vielen, die bei der täglichen Arbeit über alle Unterschiede von politischen Meinungen, Weltanschauungen, Religionen, Nationen und Berufe hinweg immer wieder gewerkschaftliche Solidarität verwirklichen. Angesichts der wirtschaftlichen Krise ist dies immer schwerer, und es ist menschlich verständlich, wenn das Eigeninteresse von einzelnen und Gruppen auch bei uns in diesen Zeiten an Gewicht zunimmt. Wir würden uns aufgeben, wenn wir dem nichts entgegensetzten.

Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Zusammenhang die größte Belastung. Sie ist unzumutbar für den einzelnen, langfristig zerstörerisch für die Gesellschaft und die

Gewerkschaften. Kein noch so dicht geknüpftes soziales Netz fängt die seelischen Nöte auf, die Arbeitslosigkeit für den einzelnen Betroffenen und seine engste Umgebung zwangsläufig hervorruft. Die Glaubwürdigkeit gesellschaftlicher Ordnung wird von zwei Millionen Arbeitslosen ins Wanken gebracht; der Anspruch sozialer Gerechtigkeit wird zur Farce. *Hier* fehlt eine Zumutbarkeitsregelung - wieviele Arbeitslose sind denn einer demokratischen Gesellschaft, einem Sozialstaat noch zumutbar? Es ist vorauszusehen, daß bei anhaltender Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Schwäche das gesamte Sozialversicherungssystem zu einem Offenbarungseid getrieben wird - das ist ein einfaches Rechenexempel. Hinweise auf andere Länder, in denen es noch schlimmer ist, ändern nichts daran.

Denen, die glauben, das System werde sich selbst regeln, die das Wort „Marktwirtschaft“ wie eine allesheilende Zauberformel herunterbeten, sei vor Augen geführt, wie diese Selbstregulierung aller Wahrscheinlichkeit aussehen wird: Die Zahl der Arbeitslosen wird weitere Millionengrenzen übersteigen. Immer mehr Menschen werden langfristig ohne Arbeit sein, die Mittel zu ihrer finanziellen Unterstützung werden weniger, immer mehr werden sich extremen politischen Positionen zuwenden - Angebote in dieser Richtung gibt es mittlerweile ja zur Genüge. Wenn gleichzeitig aus kurzfristigem Kalkül schon heute privilegierte gesellschaftliche Gruppen aus der materiellen Verantwortung für das Ganze entlassen werden, dann ist die Wiederkehr des Klassenhasses vorprogrammiert. Welcher Extremismus sich diesen Sturzbach auf die Mühlen leitet, weiß ich nicht, aber wenn die Ausländerfeindlichkeit weiter geschürt wird, dann drängen sich mir historische Parallelen auf.

Gewerkschafter sind prinzipiell keine Endzeitpropheten, und keiner könnte behaupten, er kenne das Patentrezept gegen Arbeitslosigkeit. Unsere Initiative vom Ende des vergangenen Jahres war darauf angelegt, alle verantwortlichen Kräfte zusammenzufassen: Unternehmer, Bundesregierung, Bundesbank, Länder, Gemeinden und Gewerkschaften -jeder sollte seinen Beitrag dazu leisten, die schleichende Katastrophe zu stoppen. Die Gewerkschaften haben inzwischen mit mehreren Tarifabschlüssen ihr Teil getan. Das Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung aber, das aus unserer Sicht seinen Namen nur bedingt verdient, ist zum Spielball politischer Jongleure geworden. Die Unternehmer haben sich unvornehm zurückgehalten: Preisdisziplin ist nicht zu erkennen, die Rationalisierung läuft ohne Rücksicht auf soziale Folgen weiter, Arbeitszeitverkürzungen werden schroff abgelehnt. Dabei geht gerade an der Arbeitszeitverkürzung kein Weg vorbei. Sie kann für unterschiedliche Branchen ganz unterschiedlich aussehen; es kommt darauf an, welche Form der Arbeitszeitverkürzung den jeweils besten Effekt hat. Entscheidend ist, daß mehr Menschen Arbeit haben und unser aller Geld sinnvoll ausgegeben wird: Energieversorgung, Umweltschutz, Verkehrssysteme, soziale Dienste sind Bereiche, in denen es genug zu tun gibt. Jeder, der hier zusätzlich Arbeit findet, ist besser finanziert als ein Arbeitsloser.

Es ist mittlerweile klar geworden, daß der hohen und anhaltenden Arbeitslosigkeit nicht nur konjunkturelle und strukturelle Ursachen zugrundeliegen, sondern insbesondere der massive Einsatz sogenannter neuer Technologien. Wir kennen Rationalisierung, seitdem es Arbeit gibt. Oft hat sie die Arbeit erleichtert, hat sinnlose Tätigkeiten beseitigt. Deshalb sind die Gewerkschaften in Deutschland auch nie dagegen Sturm gelaufen, sondern haben von jeher die Auffassung vertreten, daß Modernisierungen für die Volkswirtschaft und die Arbeitnehmer gleichermaßen notwendig und sogar von Vorteil sein können. Wenn aber Mikroprozessoren sinnerfüllte Arbeit beseitigen oder sie des Sinnes entleeren, ohne daß dafür Gleichwertiges entsteht, dann wird Rationalisierung inhuman und asozial. Dann wird sie für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften unannehmbar. Technischer Fortschritt ohne sozialen Fortschritt ist gesellschaftlicher Rückschritt.

Wenn Rationalisierung die Menge der vorhandenen Arbeit absolut verringert, dann muß die verbleibende Arbeit gerecht verteilt werden. Dies aber nicht derart, daß die einen Arbeit haben, die anderen nicht, und die ersten die zweiten gleichsam finanziell über Wasser halten. Stattdessen muß die Arbeit sinnvoll unter allen aufgeteilt werden. Auf die erzwungene Freizeit durch Arbeitslosigkeit können wir verzichten. Wenn die uns von einigen geweissagte nachindustrielle Gesellschaft so aussieht, dann können wir *diesen* Weg dahin nicht mitgehen. Die Arbeiterbewegung hat sich immer schon für mehr freie Zeit eingesetzt, hat um Achtstunden-Tag und Fünftage-Woche hart gekämpft. Wir sind uns aber auch bewußt, daß wir den Arbeitnehmer auch in der Freizeit nicht denen überlassen dürfen, die diese Freizeit industriell ausbeuten und den auf Erholung bedachten Menschen vielfältig zu manipulieren versuchen. Wir streben auch unter den veränderten Bedingungen nach wie vor unsere Ziele an: menschengerechte Arbeitsplätze, befriedigende Arbeit, sinnerfüllte Freizeit in gesunder Umwelt - auch im Zeitalter der Mikroprozessoren und der allgegenwärtigen Mattscheibe.

III.

All dies ist leichter gesagt und geschrieben als in die Tat umgesetzt, auch was die Gewerkschaftspolitik angeht. Wir haben seit dem Münchner DGB-Kongreß von 1969 sehr viel über die Koordinierung der Tarifpolitik gesprochen und viele gute Beschlüsse dazu gefaßt. Das hat allerdings in der Praxis die Ungleichheiten auf diesem Gebiet nicht verschwinden lassen. Es konnte natürlich nicht darum gehen, und es wird auch in Zukunft nicht darum gehen, die notwendige Flexibilität in den einzelnen Bereichen aufzugeben. Aber mir scheint es höchst wichtig zu überlegen, ob nicht von Zeit zu Zeit ein großes Ziel gemeinsam mit vereinter Kraft angestreut werden kann - sei es die 35-Stunden-Woche, die weitere Verkürzung der Lebensarbeitszeit oder sei es ein Ziel aus dem großen Gebiet der Humanisierung der Arbeit.

Vereinter Kraft, der Solidarität aller, bedarf es auch bei der Mitbestimmung. Die Montanmitbestimmung wird nicht zu sichern, ihre Ausweitung nicht zu erreichen sein, wenn nicht alle Gewerkschaften ganz entschieden dafür kämpfen. Wir haben in den vergangenen Jahren erleben müssen, wie, durch eine publizistische Meinungsbildungskampagne vorbereitet, ein einzelnes Unternehmen in die Offensive ging, um die Montanmitbestimmung zu Fall zu bringen. Als Auffangposition hätte das sogenannte Mitbestimmungsgesetz von 1976 dienen sollen, das, wie inzwischen auch die praktischen Erfahrungen erkennen lassen, außer dem Namen mit Mitbestimmung nicht viel gemein hat. Diese Offensive hätte fast Erfolg gehabt, und sie ist auch keineswegs endgültig abgewehrt.

Hier ist unsere Kraft gefordert, und wir werden noch viel Überzeugungsarbeit auch bei unseren Mitgliedern leisten müssen, um einer Mitbestimmungsinitiative den Nachdruck zu verleihen, der notwendig ist, um dieses Prinzip gesellschaftlicher Ordnung weiter als bisher zu verbreiten. Diese Initiative wird sich sicher bis zur nächsten Bundestagswahl in erster Linie an die politischen Parteien, an Parlament und Regierungen richten. Aber die Mitbestimmung bedarf nicht nur politischer Absicherung. Sie steht und fällt mit der Art und Weise, wie sie an die Interessen unserer Mitglieder anknüpft und den Beweis erbringen kann, daß sie sich bei der Arbeit konkret bewährt.

Mitbestimmung muß, wie andere Formen in der politischen Demokratie auch, dem einzelnen möglichst sinnfällig bleiben. Dasselbe gilt für die Glaubwürdigkeit der Menschen, denen in Wirtschaft und Politik Verantwortung übertragen wurde. Es ist nicht zu leugnen, daß es in der letzten Zeit auf diesem Gebiet eine gefährliche Entwicklung gegeben hat, die unser gesamtes politisches System der Repräsentation, und damit auch die Gewerkschaften betroffen hat. Für sie heißt das Stichwort in diesem Zusammenhang „Neue Heimat“. Verfehlungen einzelner sind aufgedeckt und geahndet worden, und dies muß so lange weitergehen, bis wir die Schäden beseitigt haben, die man mit personellen Konsequenzen reparieren kann. Damit ist der an die Wurzeln reichende Schaden, den man vielleicht sogar als eine Vertrauenskrise bezeichnen muß, nicht geheilt.

Die Gemeinwirtschaft ist eine Säule der deutschen Arbeiterbewegung. Ihre historischen Leistungen können vielleicht jetzt überschattet sein, zu leugnen sind sie nicht. Ich sehe keinen Grund, vom Prinzip der Gemeinwirtschaft abzuweichen. Aber dessen praktische Ausfüllung ist das entscheidende Kriterium. Wahrscheinlich war es so, daß eine unbedachte oder gar unbedenkliche Alltagspraxis die an sich guten Grundsätze überwuchert und schließlich fast vollkommen überdeckt hat. Diesen Wildwuchs gilt es zu beseitigen. Das wird ein ebenso hartes Stück Arbeit sein wie die Aufklärung einiger Vorgänge im Bereich der politischen Parteien. Hier wie da geht es letztlich darum, unsere Identität zu retten und damit - in weiter Perspektive - die Lebensgrundlagen einer aktiven Demokratie.

IV.

Das Ende der sechziger Jahre und insbesondere das Jahr 1969, in dem auch der 8. ordentliche DGB-Kongreß in München stattfand, waren geprägt von außenpolitischem Aufbruchsgest und innenpolitischem Reformwillen im Zeichen wirtschaftlichen Aufschwungs. Das Schlüsselwort jener Zeit bleibt das Motto aus der ersten Regierungserklärung Willy Brandts, des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Den Beginn der achtziger Jahre überschatteten Sorge und Pessimismus angesichts einer langanhaltenden weltweiten Wirtschaftskrise. Reformen rücken ins Utopische, selbst die Bewahrung des Erreichten ist nicht mehr sicher. Ein erschreckender Slogan der neuen Jugendbewegung lautet: „No Future“ - keine Zukunft.

Die dreizehn Jahre von 1969 bis 1982 umfassen eine so denkbar weite Spanne, daß manche alles das, was damals richtig und wichtig war, heute für falsch und hin-fällig erklären wollen. Sie haben dabei insbesondere die Errungenschaften für die Arbeitnehmer, den Sozialstaat insgesamt, im Auge. Die Krise soll, ein altbewährtes Rezept von Mächtigen und Privilegierten, aus den Portemonnaies der vielen Kleinen finanziert, auf dem Rücken der Schwachen ausgetragen werden. Ich kann allen Verantwortlichen nur den dringenden Rat geben, diesen Weg nicht weiterzuver-folgen. Alle geschichtlichen Erfahrungen, alle aktuellen Beispiele beweisen ein-dringlich, daß er nicht zur Gesundung von Staat und Gesellschaft führt, sondern sie nur tiefer in die Krise, schlimmstenfalls in die Agonie treibt. Und dann haben autoritäre, totalitäre Lösungsmuster ihre große Stunde. Alle Demokraten haben die Pflicht, solchen verhängnisvollen Entwicklungen rechtzeitig und mit den richtigen Mitteln vorzubeugen. Für die Gewerkschaften heißt das: nicht nur warnen und mahnen, sondern einen eigenen Beitrag leisten. Das ist für sie nichts Neues, und diese gewerkschaftliche Grundeinstellung ist nicht von Personen abhängig. Sie ist aber auch klar begrenzt, und es ist nicht übertrieben zu sagen, daß auch Sozialstaat und Demokratie gefährdet sind, wenn diese Grenzen überschritten werden.

Die Gewerkschaften haben, nicht nur in den vergangenen 13 Jahren, durch ihre Tarifpolitik entscheidend zur wirtschaftlichen Stabilität beigetragen - irgendwelche Eingriffe in die Tarifautonomie werden sie, auch und gerade im öffentlichen Dienst, mit letzter Entschiedenheit und in größter Geschlossenheit abweisen müssen. Wir wissen, daß auch auf dem Solidarprinzip basierende Regelungs- und Versorgungssysteme, an die viele Ansprüche geltend machen können, von einzelnen mißbraucht werden; den Abbau solch tatsächlichen Mißbrauchs unterstützen wir; aber die Gewerkschaften können nicht hinnehmen, daß - unter Hinweis auf angebliche Miß-bräuche - Pfeiler des Systems der sozialen Sicherheit abgerissen werden.

Ich fürchte, daß all das, was wir bisher auf diesen beispielhaft erwähnten Gebie-ten erlebt haben, nur eine Lappalie war im Vergleich zu dem, was uns noch bevor-

steht. Ich habe schon meine Befürchtung erwähnt, daß daraus Funken werden könnten für eine explosive Mischung aus Arbeitslosigkeit, Ausländerhaß, Generationenkonflikt, Gruppenegoismen. Ich hoffe und ich wünsche, daß Unternehmer und Staat, daß Länder und Gemeinden, daß politische Parteien und Bundesbank sich der von den Gewerkschaften angeregten und angebotenen großen Initiative vorbehaltlos und ohne politische Nebenabsichten öffnen. Es geht auf die Dauer um mehr als ein Konjunktur- und Investitionsprogramm, um mehr als ein zaghaftes unentschlossenes blindes Herumstochern im Subventionsdickicht - es wird um den inneren Frieden gehen.

Gustav Heinemann sagte bei seiner Vereidigung zum Bundespräsidenten im Juli 1969: „Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem sich der Mann zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit in der Schule gelernt hat, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“

Am Wahrheitsgehalt, an der Ernsthaftigkeit dieser Einsicht eines großen, vorbildlichen Demokraten hat sich 1982 nichts geändert. Die wieder zunehmenden Spannungen zwischen den Weltmächten, das fortgesetzte Wettrüsten, Konfrontationen in den zahllosen Spannungsgebieten dieser Welt, der schmutzige Waffenhandel insbesondere mit der Dritten Welt - das alles sind gefährliche Symptome für die wachsende Bereitschaft, Krieg zu riskieren, für die Möglichkeit, daß an irgendeinem Brandherd, sozusagen plötzlich und ungewollt, Krieg „ausbricht“. Der kriegerische Konflikt um die Falkland-Inseln, das Militärregime in Polen, die blutigen Kämpfe in Mittelamerika, die Besetzung Afghanistans - diese Beispiele zeugen dafür, wie nahe am Abgrund die Welt sich bewegt. Das ist sicher keine Erscheinung der Neuzeit oder gar der Gegenwart, neu sind „Qualität“ und Quantität des Vernichtungspotentials. Es reicht inzwischen, um die Menschheit x-fach auszulöschen: Ungeheure Geldsummen stecken in den ost-westlichen Waffenarsenalen — täglich und stündlich wird mehr Geld dafür ausgegeben. In der gleichen Zeit hungern Millionen Menschen, sterben Kinder an Seuchen und Unterernährung, fehlt es vielen Menschen auch in den reichen Regionen des Nordens am Nötigsten zum Leben.

Diese perverse Gleichzeitigkeit muß beendet, die Rüstungsspirale unterbrochen werden. Ich sehe darin die vielleicht entscheidende Zukunftsaufgabe für die internationale freie Gewerkschaftsbewegung. Sie muß Vorreiterdienste leisten, Phantasie und Initiativen entwickeln, sinnfällig machen, daß Pflugscharen den Menschen tatsächlich mehr Nutzen bringen als Schwerter. Bereits 1966 hat der unvergessene Otto Brenner gesagt: „Die Welt befindet sich in Gärung. Und wenn es eines Tages zur Explosion kommen sollte, dann wird es eine atomare Explosion sein, die uns alle

in gleicher Weise bedroht. Darum dürfen wir uns nicht damit begnügen, Zuschauer zu sein und zu registrieren, was in der Welt vor sich geht. Die Aufgabe, vor der die Gewerkschaften der Entwicklungsländer stehen, ist auch die unsere. Solidarität der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen ist national wie international Vorbedingung und wichtigster Faktor, damit eine friedliche, soziale und demokratische Entwicklung gesichert werden kann."

Wenn der Stolz und die Genugtuung, mit denen wir durchaus auch auf die Zeit seit 1969 zurückblicken können, in diesem Ausblick nur wenig durchschimmerten, so wird das die notorischen oder berufsmäßigen Optimisten stören. Ich wäre ihnen, am Ende meiner Amtszeit, von Herzen gern entgegengekommen. Einsicht und Überzeugung hindern mich. Nicht nur die Gewerkschaften stehen vor größten Herausforderungen. Zu ihrer Lösung bedarf es der größten Anstrengungen. Ich hoffe, daß sie geleistet werden können - um der Gewerkschaften, unserer Gesellschaft, der Menschheit willen.